

Abrüstung! Verständigung!

Macdonald-Grey

Die Tendenzen der europäischen Politik, die seit dem Jahreswechsel in den Unirissen angelegt sind, haben sich deutlicher abgezeichnet. Das bedeutsamste Ereignis, von dem man nur noch nicht weiss, inwiefern es über die vergangige Tagespolitik hinaus Epoche machen wird, ist ja unzweifelhaft die Berufung einer Arbeiterregierung an die Spitze des britischen Reiches. Eine unblutige Revolution ist damit vollzogen, mit der man nur die englische Reform-Aera nach 1830 in Parallele stellen kann. Was die neue englische Regierung Macdonald will, das hat sie in einer Reihe aufsehenerregender Kundgebungen vor der Welt plakatiert. Ihr Programm ist, wie Ramsay Macdonald in seiner Rede in der Albert Hall sagte, Friede nach aussen und Zufriedenheit nach innen zu schaffen. Dazu sind erforderliche Abrüstung und Verständigung. Dafür ist die Vorbedingung der Völkerbund.

Nach alter englischer Tradition hat ein nicht unmittelbar zur Regierung gehörender Mann, der frühere englische Aussenminister des liberalen Kabinetts Asquith, hat Lord Grey, den viele als den künftigen Botschafter Englands in Paris bezeichnen, als erster laut und deutlich die Parole ausgegeben. Lord Grey gab einen Rückblick darauf, wie es zum grossen Kriege kam, und machte dafür die ungeheure Rüstungslast der Völker verantwortlich, die, statt den Frieden zu sichern, mit einer gewissen inneren Notwendigkeit zum Kriege geführt habe. Nach dem Kriege habe Frankreich ein neues ungeheures Rüstungssystem errichtet, das den Frieden sichern solle. Dieses neue Rüstungssystem aber weises mit gleicher Zwangsläufigkeit Europa den gleichen Gefahren entgegen, aus denen es eben hervorgegangen sei. Besser als das Rüstungssystem sei das System des Völkerbundes. Voraussetzung einer Friedenspolitik durch den Völkerbund sei allerdings die Vervollständigung des Bundes. Deutschland müsse die Völkerbundsatzungen unterschreiben, dann könne England etwa folgendes Angebot an Frankreich machen: Verletzt in einem deutsch-französischen Konflikt eine der beiden Parteien die Satzungen des Völkerbundes, so werde England diese Partei mit Waffengewalt zur Innehaltung der Satzungen zwingen. Lassen beide Parteien sich Verstösse zuschulden kommen, so wahrt England strikte Neutralität.

Jaspar bei Poincaré

Dieser Kundgebung hat Macdonald selbst eine Programmklärung folgen lassen, er hat mit dem Leiter des Pariser „Quotidien“ in einem Interview, das er ihm vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten gewährte, in aller Offenheit erklärt, was die englische öffentliche Meinung Frankreich zur Last lege: die Ruhrbesetzung, die eine Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage Englands sei; den Mangel an Rücksichtnahme auf Englands besondere Interessen; die moralische und finanzielle Unterstützung Frankreichs für die Bewaffnung der kleinen Nationen, die einen neuen Krieg unvermeidlich mache. Das englische Volk frage sich, ob es nicht seinerseits militärische Vorbereitungen treffen und neue Allianzen finden müsse. Frankreich müsse aufhören, sich ausschliesslich auf seine Militärmacht zu stützen und einsehen, wieviel grösseren Schutz es im Völkerbund finden könnte.

Bei dieser dem Chef des Kabinetts nicht verpflichtenden privaten Aussprache hat es Macdonald nicht bewenden lassen, er geht behutsam und methodisch, aber mit Energie und Nachdruck vor. Anstatt sich mit einer der üblichen Begrüssungsdemeschen, wie sie der neuernannte Premierminister sonst aus London nach Paris zu schicken pflegte, zu begnügen, hat Macdonald sich an den Schreiberlich gesetzt und einen ausführlichen Brief an Poincaré gerichtet, den der englische Botschafter am Quai d'Orsay übergeben hat. Der Inhalt dieses Briefes ist zunächst geheimgehalten worden. Kein Zweifel, dass dafür Grund genug war! Poincaré hat den Brief in kurzer Frist beantwortet, und es wird versichert, dass Ton und Inhalt dieser

Antwort sehr entgegenkommend sei. Am Sonntag hat der belgische Aussenminister Jaspar ganz plötzlich eine Reise nach Paris angetreten, auf dringende telefonische Einladung Poincarés. Derartig provisiert war dieser Sonntagsbesuch, dass Jaspar nicht einmal die Teilnahme an einer patriotisch-belgischen Veranstaltung in der Provinz rechtzeitig absagen konnte. Die Besprechung mit Poincaré galt den Fragen der rheinischen Okkupation. Vor allem die Pfalzfrage wurde besprochen, aber auch wegen der Räumung des Ruhrgebietes unterhielt man sich, und es wurde die alte Brüsseler Paktung bestätigt, wonach die Räumung des Ruhrgebietes stoffweise im Verhältnis zu dem Masse, in dem die deutschen Reparationszahlungen gesichert wären, erfolgen soll.

Der Wiederaufbaukandal

Halbmütlich wurde dann bekanntgegeben, man habe sich zu einer mildernden Tonart entschlossen: die Separatistenbewegung werde endgültig fallen gelassen und damit auch die tiple Praxis des Generals de Metz. Wirksam geworden sind die Verheissungen nicht. Im alten Stile regiert der Militär-gouverneur der Pfalz weiter gegen Recht und Gerechtigkeit.

Inzwischen ist in Paris die grosse Kammer geschlacht, ausgeföhren worden, im Anschluss an die Gesetzesvorlagen zur Bekämpfung des Frankenturmes. Es hat sich gezeigt, dass Poincaré als Ministerpräsident stärker „verbraucht“ ist, als man annehmen konnte. Zu allem übrigen ist er von einer Gereiztheit, die immer erneut zu schweren persönlichen Zusammenstössen mit den hervorragendsten Mitgliedern der Kammer führt und so seine parlamentarische Situation über das Mass hinaus erschwert. Sehr unangenehm für Poincaré war die ausgedehnte Behandlung des Wiederaufbaukandals in der Kammer. Von sozialistischer Seite wurden Enthüllungen gemacht, die geeignet sind, in der ganzen Welt, wo man ja überall an der Lauterkeit und Gesundheit der französischen Finanzgebaren interessiert ist, das grösste Aufsehen zu erregen. Sensationell ist die Mitteilung, dass eine nordfranzösische Metallindustrie-Firma, deren Aktienvermögen sich gegen 1913 verzehnfacht habe, ihre Kriegsschäden um 200 Millionen gehoben eingeschätzt erhielt. Der Wiederaufbau-minister selbst gab zu, dass die ursprünglichen Forderungen der Geschädigten derart ohne Mass und Begründung waren, dass sie schrittweise um etwa 45 v. H. vermindert werden konnten. Ein zweites Panama ist aufgedeckt.

Mit aller Kraft hat man es verhalten und vertuschen wollen — eine Anzahl von Beamten ist entlassen worden, weil sie Missbräuche entdeckten oder aufdeckten — schliesslich drängte doch alles ans Licht.

Schacht in Paris

Schneller als man zu hoffen sich getraute, ist die Arbeit vorangegangen, die die beiden von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschüsse zur Prüfung der deutschen Währung und Staatsfinanzen und zum Studium des Kapitalfluchtproblems geleistet haben. Den Kulminationspunkt ihrer Pariser Tätigkeit bildeten die Besprechungen mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der auch vom Ministerpräsidenten Poincaré empfangen wurde. Wie in Holland und in der Schweiz und wie in London, so hat auch in Paris Schacht durch die gediegene Echtheit der Art seines Sichgebens viel Vertrauen gewonnen. Als der geistige Schöpfer der künftigen deutschen Goldnotenbank ist er eines der beliebtesten Interviewobjekte geworden, und es ist recht reizvoll, zu beobachten, mit welchem Geschick er sich der Aufgabe unterzieht, durch die Szylta und Charlydis hindurchzulegen, die da leicht gekränkte Weltpresse und leicht verstimimte Diplomatenwelt heissen.

Die Arbeit der Sachverständigen

Die Sachverständigenausschüsse haben das Feld ihrer Tätigkeit nach Berlin verlegt, wo sie im Esplanade-Hotel ihren Wohnsitz und im unmittelbar daneben gelegenen Gebäude des Reichswirtschaftsrats ihren Arbeitsplatz haben. Zwischen Bellevuestrasse und Wilhelmstrasse mag es da auch noch manche heikle Stelle geben, aber die Bereitwilligkeit der deutschen Behörden, mit aller Offenheit jede gewünschte Auskunft, überhaupt jede erbetene Förderung zu gewähren, wird zusammen mit dem loyalen Arbeitswillen und der unvoreingenommenen Objektivität der Sachverständigenausschüsse alle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen.

Eine innere Politik in dem Sinne und in der Intensität, wie die letzten Monate des Jahres 1923 sie gebracht haben, gibt es für Deutschland gegenwärtig nicht. Im Reiche regiert das Kabinet Marx ziemlich unumschränkt auf Grund des am 15. Februar ablaufenden Ermächtigungsgesetzes, wobei die Geschwindigkeit der Verordnungsmaschine schon einigermaßen auf ein halbwegs erträgliches Mass heruntergeschraubt worden ist. Die Justizverordnungen des Ministers Eminger, die in der Öffentlichkeit besonders heftig umkämpft werden, sind ihrer schärfsten Giftzähne beraubt worden, und eine parlamentarische Aktion der demokratischen Partei will die Justizreform in volkstümliche Bahnen lenken und der Justizwillkür einen Riegel vorschreiben. Der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. Spätestens im August geht es an die Urne. Strittig ist nur noch, ob der Reichstag von 1924 aus demselben Wahlverfahren hervorgehen soll wie der Reichstag von 1920, oder ob eine Lockerung der strengen Listenbildung zugunsten eines Einzelwahlsystems mit Proportionalverrechnung durch das ganze Reich erfolgen soll.

Wahlbewegung überall

In Preussen hat es eine kurze, aber heftige und auch heilsame Koalitionskrise gegeben. Die preussischen Staatsfinanzen beruhen gegenwärtig zum überwiegenden Teil auf den Erträgen der Grundsteuer. Diese Grundsteuer belastet die Landwirtschaft stark und mitunter über Gebühr. Der Staat in seiner Bedrängnis muss sich Geld nehmen, wo er greifbar findet. So kann er auf die Grundsteuer nicht verzichten, die Fraktionen des Landtages aber haben sich nicht dazu verstehen wollen, die Grundsteuer ohne Milderung zu lassen. Erst als die Kabinettsfrage gestellt wurde, gelang es, einen Kompromiss zu finden.

Wahlkämpfe überall: in Preussen stehen die Gemeindevahlen vor der Tür, in Bayern ist ein Volksbegehren im Gange, und in Thüringen wird unter den Bajonetten der Reichswehr die Landtagswahl betrieben. Wahlbewegung unter dem Ausnahmezustand: ein schmerzliches Kapitel. Vielleicht aber ist doch der Tag näher, als man glaubt, an dem durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes die Rückkehr Deutschlands zu rubrigerer Verfassung dokumentiert wird. C. M.



Reichsbank-Präsident Dr. Hjalmar Schacht